

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 28.09.2023**

<p>Nr. 160</p>	<p>Michaela Apel SPD</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung ist eine der zentralen sozialen Aufgaben einer Kommune. Kinderbetreuung im Elementarbereich, also in der Altersgruppe der 3-jährigen Kinder bis zum Schuleintritt, ist ein wichtiger Baustein frühkindlicher Bildung. Außerdem verbessert zuverlässige Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es galt, das gesetzliche Versorgungsziel von 90% im Elementarbereich zu erreichen. In den letzten Jahren wurde viel Geld investiert und diverse Ausbaumaßnahmen wurden vorgenommen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie viele Plätze wurden in den Jahren 2022/2023 insgesamt durch die Ausbaumaßnahmen in der Betreuung von Kindern von 3 Jahren bis zum Schuleintritt geschaffen? • Konnte in Wiesbaden das gesetzliche Versorgungsziel von 90% in der Betreuung von Kindern in der Altersgruppe von 3 Jahren bis zum Schuleintritt erreicht werden?
<p>Nr. 164</p>	<p>Dr. Reinhard Völker CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Vorfeld zur Aufsichtsratssitzung der ESWE Verkehr GmbH am 8. September 2023, bei der u. a. die Abwahl des Aufsichtsratsvorsitzenden Andreas Kowol auf der Tagesordnung stand, gab es eine Reihe von irritierenden Vorgängen, welche das Ziel hatten, die freie Wahlentscheidung der Aufsichtsratsmitglieder zu beeinflussen. So fasste der Magistrat am 5. September 2023 einen an die von ihm entsendeten Mitglieder einen rechtlich unhaltbaren „Appell-Beschluss“.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wurde vor Beschluss Nr. 0655 des Magistrats vom 05.09.2023 eine Stellungnahme des Rechtsamtes eingeholt und wenn ja, mit welchem Ergebnis? 2. Stimmt der Magistrat der Aussage zu, dass für die Direktvergabe von Personendienstleistungen mit Bussen das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden von ESWE Verkehr nicht an die Person von Andreas Kowol und nicht an das Amt des Verkehrsdezernenten als rechtliche Voraussetzung gebunden ist?

<p>Nr. 170</p>	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Bei der Akteneinsicht Citybahn fand sich die Beauftragung einer Wiesbadener Kommunikationsagentur. Aus diesem Anlass frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Ist es üblich, dass Dezernate den ihnen angegliederten Gesellschaften Hinweise oder Weisungen geben, dass bei der Vergabe von Aufträgen aufgrund guter Zusammenarbeit in der Vergangenheit auf eine Ausschreibung verzichtet werden könne? 2) Wie häufig hat Dez. V diese Agentur seit 2017 beauftragt? 3) Wurde dabei auch auf Ausschreibungen oder die Einholung weiterer Angebote verzichtet? 4) Wie bewertet der Magistrat diese Vorgänge rechtlich?
<p>Nr. 127</p>	<p>Hartmut Bohrer Linke</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Der für Technik und Liegenschaften zuständige Hessische Polizeipräsident Frank von der Au wurde in der Presse mit der Äußerung zitiert, er sähe „die Zukunft der Landespolizei eher im Petersweg als im Westfeld“ (FR. 02.03.23).</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Beschäftigte haben die in Frage kommenden Behörden jeweils? Wie viele werden sie absehbar haben? 2. Wie viele müssen davon täglich mit PKW zum Arbeitsplatz? 3. Wie viele könnten mit dem kostenfreien Landesticket zur Arbeit? 4. Wie hoch ist der Anteil der im Homeoffice arbeiten kann? Wie hoch zukünftig? 5. Könnte die Anbindung mit den Buslinien 28, 33 und 57 zu den nahen Bahnhöfen Kastel und Wiesbaden-Ost optimiert werden? 6. Kann die Fahrradverbindung zu den Bahnhöfen optimiert werden? 7. Welche Effekte ergäben sich dadurch für die Gewerbetriebe, deren Beschäftigte und Kundschaft im Petersweg? 8. Wie schnell könnte die Stadt Flächen im Petersweg zur Verfügung stellen? Wie schnell im Westfeld?
<p>Nr. 162</p>	<p>Christian Bachmann FW/Pro Auto</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im WK Artikel vom 16.08.2023 zu diesem Thema heißt es:</p> <p>„Im Sinne der Fürsorgepflicht ist die Frage der Einsatzmittel ganz klar Sache der Amtsleitung“, erklärt der Leiter der Stadtpolizei. Dies bedeute, dass Amtsleitung, Dezernent und OB in der Verantwortung seien. „Wir müssen überlegen, was wir machen, um unsere Leute zu schützen. Das ist unsere Pflicht - und nicht Sache der politischen Gremien.“ Auch der Jahresbericht 2022 der Stadtpolizei befürwortet die Ausstattung mit Body-Cams und Pfefferspray. Ich frage daher den Magistrat:</p>

		<ol style="list-style-type: none"> 1. Welche konkreten Maßnahmen möchte er zum Schutz der Stadtpolizei umsetzen, um die Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter zu gewährleisten? 2. Wie ist dies im Einklang zu bringen mit dem öffentlich geäußerten Wunsch im Jahresbericht der Stadtpolizei nach Body-Cams und Pfefferpistolen? 3. Sieht er sich in dieser Frage als seine ureigene Verantwortung gebunden oder möchte er den Mitarbeiterschutz einer willkürlichen und ideologischen Gremienentscheidung überlassen?
Nr. 159	Lea Eckert SPD Dez. IV z.w.V.	<p>Im Frühjahr diesen Jahres war öffentlich bekannt geworden, dass gleichgeschlechtliche Paare bei der Erstellung medizinischer Gutachten zur Adoption unrechtmäßig benachteiligt worden waren. Der Oberbürgermeister hat sich daraufhin im Mai öffentlich im Rahmen des Regenbogenempfangs bei den Betroffenen entschuldigt. Die Rathaus-Kooperation hat einen Runden Tisch zur Aufarbeitung beschlossen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welches sind die ersten Schlussfolgerungen, die der Runde Tisch zur Aufklärung der Vorfälle gezogen hat? 2. Wie ist die zukünftige Verfahrensweise bei ablehnenden Gutachten durch Amtsärzte?
Nr. 131	Katharina Ostermann FDP	Frage wurde zurückgezogen
Nr. 132	Daniel Weber Volt Dez. V z.w.V.	<p>Die Scientology-Organisation (SO) will eine "scientologische Gesellschaft" schaffen, in der nur "Clears" - also "perfekte" Menschen - Grundrechte haben. Der bayerische Verfassungsschutz warnt vor einer Bedrohung für das politische System durch die SO. Die SO versucht bspw. durch Unterwanderung von Firmen und Politik Einfluss zu nehmen. Der deutsche "Anti Scientology Blog" hat am 6. März aufgedeckt, dass in der Wiesbadener und Mainzer Immobilienbranche mehrere sog. WISE-Unternehmen mit Bezug zu Scientology geschäftlich aktiv sind.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Hat die LHW Kenntnis von den örtlichen Aktivitäten der Scientology Organisation? Wie beurteilt die Stadt diese Aktivitäten? 2. Hatten die LHW oder ihre Gesellschaften/Beteiligungen mit Immobiliendienstleistern aus dem Umfeld der SO geschäftliche Beziehungen? 3. Gibt es von der LHW Aufklärungsarbeit zu den Gefahren der SO oder weiterer sektenähnlicher Gruppierungen? 4. An wen können sich Aussteiger*innen aus Sekten in Wiesbaden wenden?

<p>Nr. 153</p>	<p>Sabine Ludwig-Braun SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die ELW-Mitarbeiter:innen leisten tagtäglich hervorragende Arbeit, was auch von den Wiesbadener:innen wertgeschätzt wird.</p> <p>Jedoch häufen sich zuletzt aufgebrochene und daher offenstehende Mülleimer in der Innenstadt. Ein Grund könnte sein, dass die Mülleimer mit einem speziellen Schloss versehen sind und Menschen, die auf der Suche nach Pfandgut sind, keinen kompatiblen Mechanismus zum Öffnen/Wiederverschließen besitzen. Diese Mülleimer trüben das Stadtbild und hinterlassen bei vielen ein gewisses Gefühl der Verwahrlosung.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>1. Wurden in den vergangenen Jahren Aufbrüche von öffentlichen Mülleimern registriert? Falls ja: a) Bitte kurz auflisten, wie oft dies registriert wurde. b) Wie hoch sind die Reparaturkosten pro Beschädigung?</p> <p>2. Gibt es die Möglichkeit zur kostengünstigen Nachrüstung der beschädigten Mülleimer mit einem anderen, möglichst niedrighschwelligem Zugang, bspw. selbstschließende Scharniere und/oder Magnetverschluss und wird dies für sinnvoll erachtet?</p>
<p>Nr. 134</p>	<p>Hartmut Bohrer Die Linke</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Personen sind in den 13 Ortsgerichtsbezirken aktuell tätig? 2. Wie sieht die Zusammensetzung hinsichtlich Geschlechter, Lebensalter (differenziert nach Dekaden), Dienstalter (nach Amtszeiten) und ggfs. weiterer Merkmale aus? 3. Was wird seitens des Magistrats unternommen, um "Nachwuchs" zu gewinnen? 4. Welche Fortbildungen wurden für diese Aufgabe seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden in den Jahren 2016-2022 angeboten? 5. Welche Kosten waren dafür von den ehrenamtlich Tätigen zu zahlen? 6. Wie viele Personen haben daran jeweils teilgenommen? 7. Wer prüft, ob die erforderliche Qualifikation, insbesondere zur Schätzung des Wertes von Immobilien, vorhanden ist? 8. Welche Aufwandsentschädigung enthalten die in den Ortsgerichten Tätigen? 9. Wann wurde diese zum letzten Mal erhöht? 10. Wann ist wieder eine Erhöhung und in welchem Umfang geplant?
<p>Nr. 165</p>	<p>Louise-Lydia Wagenbach CDU</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Wie dem WK am 19.9 zu entnehmen war, werden in Wiesbaden 25 Hebammen Ende des Monats ihre Prüfungen ablegen, ohne vorerst eine Berufsurkunde zu erhalten. Ohne die dürfen sie und 3000 weitere Auszubildende nicht arbeiten. Bisher hat zur Aufnahme der Berufsausübung ein Schreiben gereicht, aus dem</p>

		<p>das Prüfungsergebnis hervorgeht. Eine Tätigkeit ohne Berufsurkunde ist nicht zulässig. Die Ausstellungsdauer der Berufsurkunde dauere ca. 3-6 Wochen. In Zeiten des Fachkräftemangels verlorene Zeit aufgrund unsinniger Bürokratie.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wie die LHW in Zeiten des Fachkräftemangels die Einführung einer Berufsurkunde in Gesundheitsberufen bewertet? 2. ob und was die LHW unternimmt, um examinierte Hebammen und Auszubildende in Gesundheitsberufen nach Ablegung ihrer Prüfung zu unterstützen, um schnellstmöglich arbeiten zu dürfen, auch wenn sie noch keine Berufsurkunde haben? 3. ob der Übergang von Ausbildung in Beruf mit einer Zwischenstation beim Arbeitsamt verhindert werden könnte?
Nr. 136	<p>Nina Schild Die Linke</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Seit langem ist bekannt, dass das Umfeld der US-Kaserne in Erbenheim eine hohe Belastung mit der krebserregenden Chemikalie PFC aufweist. Im Frühjahr 2021 zeigte sich nach einem Umweltmonitoring der Oberen Naturschutzbehörde, dass es einen weiteren Belastungsschwerpunkt im nordwestlichen Bereich der Startbahn gibt. Zusätzlich sollte das komplette Kasernengelände überprüft werden. Auch die Frage nach Entschädigungszahlungen (nach Artikel VIII, Abs. 5 Nato-Truppenstatut) für die angerichteten Umweltschäden stand im Raum</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Ergebnisse erbrachte das Umweltmonitoring der Oberen Naturschutzbehörde insgesamt? 2. Welche Ergebnisse ergab die Überprüfung des Kasernengeländes? 3. Sind inzwischen Entschädigungszahlungen seitens der BIMA-Schadenregulierungsstelle geflossen? Wenn ja, in welcher Höhe? Wenn nicht, wann ist mit diesen in welcher Höhe zu rechnen? 4. Welche Planung gibt es seitens der Oberen Bodenschutzbehörde bezüglich der Entfernung der Schadstoffe?
Nr. 29	<p>Silas Gottwald SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Januar 2019 berichtete der Wiesbadener Kurier, dass nur knapp jeder vierte der rund 880 Bussteige in Wiesbaden barrierefrei ausgebaut ist. Das Personenbeförderungsgesetz fordert eine vollständige Barrierefreiheit des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 01. Januar 2022. Der aktuell gültige Nahverkehrsplan der Stadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises „empfiehlt“ daher für alle Bushaltestellen, unabhängig von deren Frequentierung, (u.a.) taktile Leitstreifen und erhöhte Bordsteinkanten.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Bushaltestellen in Wiesbaden sind noch nicht mit taktilen Leitstreifen, erhöhten Bordsteinkanten und weiteren Maßnahmen zur Barrierefreiheit ausgestattet? 2. Wie viele der Haltestellen aus Frage 1 liegen in den jeweiligen, vom Nahverkehrsplan definierten Haltestellentypen (Kategorien A, B, C, D)? 3. Wie ist der Zeit- und Finanzplan der weiteren Umrüstung der verbleibenden Bushaltestellen im Wiesbadener Stadtgebiet?
Nr. 108	<p>Monika Giesa AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Eigenen Recherchen zufolge muss jeder der rund 80 Stadtpolizisten im Außendienst mehrere Trainingsmodule im Jahr absolvieren, in denen u. a. das Anlegen von Handfesseln, Pfeffersprayeinsatz, Eigensicherung im Nahbereich geübt werden. Die Trainingseinheiten finden fast alle in einem Trainingsraum statt, der nur mit Hallenturnschuhen betreten werden darf. Obwohl das Einsatztraining eine Pflichtaufgabe ist, müssen die Stadtpolizisten für die Beschaffung der Hallenturnschuhe bisher privat aufkommen.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Trifft die geschilderte Sachlage grundsätzlich zu? 2. Weshalb findet keine Kostenübernahme durch den Dienstherrn statt? 3. Wie hoch wären die Gesamtkosten einer Kostenübernahme? 4. Gibt es noch andere für die Dienstausbildung sinnvolle oder gar erforderliche Ausrüstungsteile, die die Stadtpolizisten regelmäßig auf eigene Kosten erwerben?
Nr. 139	<p>Daniel Weber Volt</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Seit dem 01. Mai ist das Deutschlandticket gültig, bereits ab dem 03. April war es im Vorverkauf erhältlich. So auch in der neuen App "ESWE Verkehr Tickets", welche ebenfalls Anfang April veröffentlicht wurde.</p> <p>Wir fragen den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wie oft die App "ESWE Verkehr Tickets" bisher heruntergeladen wurde 2. wie oft ein Abo des Deutschlandtickets über die App "ESWE Verkehr Tickets" abgeschlossen wurde. <p>ii.</p>
Nr. 106	<p>Dr. G. Uebersohn SPD</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Am 5. Januar 2023 kam es in Wiesbaden Nordenstadt zu einer fatalen Gasverpuffung in einem Wohnhaus, hierbei wurden zwei Personen verletzt. Die Ursache für die Verpuffung war ein Defekt an einer Gasleitung, welche aus dem Jahr 1973 stammt. Hierdurch hatte sich ausströmendes Gas vermutlich im oder unter dem Wohnhaus</p>

		<p>angesammelt. Der Defekt lag außerhalb des beschädigten Gebäudes. Die Ursache der Verpuffung ist noch ungeklärt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist die Ursache des Gaslecks bereits bekannt? 2. Werden die Gasleitungen in Wiesbaden regelmäßig überprüft? Wenn ja, <ol style="list-style-type: none"> a. erfolgt die Überprüfung innerhalb oder außerhalb der Gebäude? b. in welchen Intervallen erfolgt die Überprüfung? c. mit welcher Methode erfolgt die Überprüfung? d. welches Ergebnis brachten die Überprüfungen bisher? 3. Gibt es in Wiesbaden Gasleitungen, die noch älter sind als die betroffene in Nordenstadt?
Nr. 141	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In der vergangenen Zeit war im Stadtbild häufiger zu sehen, dass Werbeanhänger zur Bewerbung von Waren und Dienstleistungen auf öffentlichen Parkflächen für den MIV in Wiesbaden abgestellt werden und diese dann nach einiger Zeit wieder umgeparkt werden. Teilweise werden dazu Stellen genutzt, wo erheblicher Parkdruck besteht. Fraglich ist in diesem Zusammenhang, ob dieses Abstellen als Sondernutzung qualifiziert wird und damit entsprechend gesteuert werden kann.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nach welcher Zeit (Länge des Parkzeitraums) wird ein solches Aufstellen von Werbeanhängern auf öffentlichen Parkplätzen als Sondernutzung im Sinne der entsprechenden Satzung gewertet? 2. Finden diesbezüglich Kontrollen durch das Straßenverkehrsamt statt? 3. Wie viele entsprechende Anträge auf derartige Sondernutzungen gab es im Jahr 2022? 4. Wenn entsprechende Genehmigungen erteilt wurden, warum wird eine solche Sondernutzung im Bereich von erheblichem Parkdruck genehmigt?
Nr. 142	<p>Christian Bachmann FW/Pro Auto</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Bereits im Januar 2023 hatte unsere Fraktion einen Antrag für ein Pilotprojekt für den Einsatz einer „Pfefferspraypistole“ eingebracht. Dies wurde im zuständigen Ausschuss am 24.01.2023 leider mit großer Mehrheit abgelehnt.</p> <p>Zwischenzeitlich haben sich bundesweit Übergriffe gegen Polizisten und Stadtpolizisten erhöht. Darüber hinaus gibt es im Umgang mit Distanzwaffen positive Erfahrungen (z. B. in Mainz).</p> <p>Der Magistrat als Arbeitgeber hat unserer Ansicht nach auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.</p>

		<p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Gründe sprechen zwischenzeitlich dafür die Mitarbeiter der Stadtpolizei im Rahmen eines Pilotprojekts mit Bodycams und/oder Pfefferspraypistolen auszustatten? 2. Sind zu Punkt 1 schon entsprechende Bedarfe von Seiten der Mitarbeiterschaft und/oder des Personalrates geäußert worden?
Nr. 122	<p>Marc Dahlen CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Laut der städtischen Homepage gibt es aktuell 31 digitale Verkehrstafeln in der Stadt. Auf diesen Tafeln werden aktuelle Verkehrsmeldungen angezeigt. Wenn keine Meldungen vorliegen, werden anlassbezogene Themen geschaltet. Am 25.01.2023 wurden neben einer veralteten Meldung bzgl. der Sperrung der Schwalbacher Straße vor allem Verhaltensweisen im Straßenverkehr, Werbung für neue Carsharing-Angebote sowie freie Stellen bei der LHW angezeigt. Gleichzeitig werden per Pressemitteilung auf der Homepage der LHW aber aktuelle Straßensperrungen mitgeteilt.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. warum werden die per Pressemitteilungen gemeldeten Verkehrshinweise nicht auf den digitalen Verkehrstafeln angezeigt? 2. warum wurde am 25.01.2023 auf die Sperrung der Schwalbacher Straße vom 14.01.2023 - 15.01.2023 hingewiesen? 3. ob es möglich ist, dass auf der einzelnen Tafel mehrere Meldungen hintereinander angezeigt werden können, so dass man über alle Meldungen informiert wird?
Nr. 144	<p>Marc Dahlen CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Pfortnerampel an der Berliner Straße stadteinwärts staut nicht nur unter der Woche den Pkw-Verkehr auf und sorgt damit zu einer erheblichen Belastung für Anwohner und Berufstätige, sondern ist auch an Samstagen in Betrieb. Dabei kommt es regelmäßig zu kuriosen Situationen, bei denen gerade einmal zwei bis drei Fahrzeuge an der Ampel vollkommen unnötig aufgehalten werden.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mit welchem Sinn und Zweck die Pfortnerampel an der Berliner Straße an Samstagen in Betrieb ist? 2. weshalb das System Digi-V nicht in der Lage ist, eine adäquate Steuerung des Verkehrsflusses an dieser Stelle an Samstagen vorzunehmen?

<p>Nr. 145</p>	<p>Dennis Friedrich CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Seit Monaten ist an der Talstation der Nerobergbahn eine großflächige Baustellendeponie für Erdaushub eingerichtet. Laut Auskunft des beauftragten Bauunternehmens soll diese Deponie für verschiedene Straßenbaumaßnahmen im Stadtgebiet noch bis weit in das Jahr 2024 beibehalten werden. Der Ort ist jedoch äußerst ungünstig gewählt, da eine Überquerung der Straße in Richtung WTHC / Rabengrund oder der Fußgängerweg zum Neroberg dadurch massiv eingeschränkt ist. Hinzu kommt regelmäßiger Baustellenverkehr mit schweren Fahrzeugen.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. für welche Dauer die Baustellendeponie unter dem Viadukt an der Talstation der Nerobergbahn im Nerotal eingerichtet wurde? 2. für welche Baustelle(n) im Stadtgebiet die Deponie eingerichtet wurde? 3. welche alternativen Standorte geprüft wurden? 4. weshalb durch die Baustellendeponie und den damit verbundenen Schwerlastverkehr mit Lkw und Radladern eine unnötige Gefährdungssituation für Fußgänger geschaffen wurde?
<p>Nr. 146</p>	<p>Louise-Lydia Wagenbach CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In den einzelnen Bauphasen in der Bahnhofstr. kam es immer wieder zu Verlegungen der Baustellen. Besonders unübersichtlich war die Einrichtung der Baustelle im Kreuzungsbereich Bahnhofstr./Friedrichstr. Der aus der Friedrichstr. kommende Verkehr in Richtung Wilhelmstr. wurde an der Ampel im Kreuzungsbereich um die Baustelle herum in den Gegenverkehr geleitet. Aufgrund des im Kreuzungsbereich abgestellten Baggers und des nicht einsehbaren Rückstaus kam es während des Wochenmarktes zu gefährlichen Situationen, in denen sich die Verkehrsströme auf einer Spur begegneten.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. aus welchem Grund eine solche gefährliche Baustelleneinrichtung im Kreuzungsbereich Friedrichstr./Bahnhofstr. gewählt wurde? 2. ob es keine Möglichkeit für eine sichere Verkehrslenkung gab? 3. wie zukünftig eine solche gefährliche Baustelleneinrichtung vermieden werden kann? Insbesondere, dass Bagger im Kreuzungsbereich abgestellt werden?
<p>Nr. 118</p>	<p>Petermartin Oschmann FW/Pro Auto</p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Seit Beginn des Krieges in der Ukraine flüchten viele Familien nach Deutschland und bringen u.a. schulpflichtige Kinder mit oder auch jüngere Kinder, die einen Hort- oder Krippen- bzw. Kitaplatz benötigen. Schon vor Beginn des Krieges war die Situation im Schulsystem durch kranke und fehlende Lehrerinnen und Lehrer sehr</p>

		<p>angespannt, zuletzt ganz besonders durch die Coronapandemie.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gibt es belastbare Zahlen, wie viele Kinder in das Schul- bzw. Kinderbetreuungssystem der LHW aufgenommen wurden? 2. Gibt es aussagefähige Angaben über a) den Sprachstand der Kinder und b) deren psychische Belastungen? 3. Wenn es Angebote gibt, wie werden diese finanziert? Tritt das Land Hessen in irgendeiner Weise für die zusätzlich entstehenden Kosten ein?
Nr. 148	<p>Dr. Klaus-Dieter Lork AfD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Fast eineinhalb Jahre ist es nun her, dass der Magistrat im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie darüber berichtete, dass an 1-2 Standorten in Wiesbaden Eichhörnchenbrücken als Modellprojekt angelegt werden sollen.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Laufen die Pilotprojekte bereits und wenn ja, an welchen Standorten? Wenn nein, warum nicht? 2. Wann ist mit dem Abschluss der Pilotprojekte zu rechnen? 3. Kann bereits abgeschätzt werden, ob die Maßnahmen als sinnvoll, im Rahmen des Tierwohls der Eichhörnchen, zu betrachten sind? Mit welchen ungefähren Kosten ist für die Umsetzung eines Standortes zu rechnen? 4. Sind bereits weitere mögliche Standorte zur Installation von Eichhörnchenbrücken in Wiesbaden identifiziert worden?
Nr. 149	<p>Mechthilde Coigné Die Linke</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Derzeit plant die LHW ein neues Bürgerhaus für die Stadtteile Mainz-Kastel und -Kostheim. Hierfür werden laut Oberbürgermeister Mende 94 PKW-Parkplätze zwingend benötigt. Die Stellplatzsatzung der Stadt Wiesbaden vom 19.3.2008, Anlage, lfd. Nr 4.2 (Versammlungsstätten, z.B. Bürgerhäuser) legt für PKW und Fahrräder ein Verhältnis von 2:1 fest. Die im Januar vorgelegten Planungen sehen jedoch lediglich 40 Fahrradstellplätze vor</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Dies vorausgeschickt frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Weshalb wird eine öffentliche Liegenschaft geplant, bei der die Stellplatzsatzung im Bereich PKW eingehalten, für Fahrräder jedoch unterschritten wird? 2. Weshalb wurden im letzten halben Jahr keine erkennbaren Korrekturen vorgenommen um die

		<p>Stellplatzsatzung auch für Fahrräder einzuhalten, obwohl dies durch Beschlüsse der OBR Mainz-Kastel und -Kostheim gefordert wurde (Nr. 2 vom 18.01.2023)?</p> <p>3. Welche Prüfungen müssen seitens der LHW noch erfolgen? (vgl. Schreiben von OB Mende, 8.5.2023)"</p>
Nr. 150	<p>Janine Vinha Volt</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Um die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben zu fördern, sind alle Arbeitgeber*innen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen laut Sozialgesetzbuch dazu verpflichtet, mind. 5 % davon mit schwerbehinderten oder ihnen gleichgestellten Arbeitnehmer*innen zu besetzen. Dies gilt für private und öffentliche Arbeitgeber*innen. Bei Nichterfüllen der Quote müssen die Unternehmen eine Ausgleichsabgabe zahlen.</p> <p>Wir fragen den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Menschen mit Schwerbehinderung sind in Wiesbaden beschäftigt? 2. Wie viele private/öffentliche Arbeitgeber*innen mit welcher Mitarbeiter*innenzahl zahlen eine Ausgleichsabgabe? Wie viele Arbeitsplätze sind davon jeweils betroffen? 3. Wie hoch sind die Ausgleichszahlungen pro Jahr? Fließt dieses Geld in regionale Projekte und Maßnahmen? 4. Wie werden Menschen mit Behinderung in Wiesbaden gefördert, um aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen? Welche Unterstützung gibt es für die Arbeitgeber*innen?
Nr. 151	<p>Hartmut Bohrer Die Linke</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Der Tagespresse war am 1. Juli 2023 zu entnehmen, dass schon seit mehreren Jahren die Errichtung eines Archäologischen Depots in Mainz-Kastel auf einer über 2 Hektar großen, gegenwärtig landwirtschaftlich genutzten Fläche geplant ist, ohne dass dies dem Ortsbeirat zur Kenntnis gegeben wurde.</p> <p>Die Beteiligung des Ortsbeirats bei allen wichtigen Angelegenheiten des Ortsbezirks ist gesetzlich zwingend vorgeschrieben (§ 82 HGO)</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Seit wann sind dem Magistrat Planungen bekannt, das Archäologische Depot im Ostfeld zu errichten? 2. Welche städtischen Gremien wurden zu welchem Zeitpunkt darüber informiert? Wenn die Stadtverordnetenversammlung und ihre Ausschüsse nicht informiert wurden, warum nicht? 3. Wurde ein Letter of intend seitens der LHW unterzeichnet oder ist dies beabsichtigt? Wenn ja, auf welcher Grundlage? 4. Wieso wurde der Ortsbeirat Kastel nicht über die Pläne informiert?

<p>Nr. 110</p>	<p>Aman Yoseph SPD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Am Dienstag, den 17.01.23 waren sowohl die Stadtverwaltung als auch die Feuerwehr über mehrere Stunden von einem umfassenden Ausfall der IT- Infrastruktur betroffen. Es bestand über mehrere Stunden keine Möglichkeit zur Nutzung von E-Mails und der Zugriff auf Netzwerklaufwerke sowie das Internet waren ebenfalls nicht möglich. Auch die Telefonverbindungen waren betroffen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. worin lag die Ursache für die beschriebenen Ausfälle der IT Infrastruktur? 2. wie zukünftig verhindert werden kann, dass es zu so einem umfangreichen Ausfall kommt, etwa durch Redundanz von zentralen technischen Komponenten.
<p>Nr. 152</p>	<p>Silas Gottwald SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Stadt Frankfurt räumte im Mai 2023 ein, dass durch steigende Fallzahlen und personeller Überlastung nicht alle angezeigten Parkverstöße geahndet werden konnten. Nur jede sechste bis achte, privat übermittelte Anzeige mündete in ein Verwarngeld. Allein über das Portal "weg.li" wurden in Wiesbaden im Jahr 2022 knapp 3.100 private Anzeigen wegen Parkverstößen gestellt; in den ersten beiden Quartalen diesen Jahres bereits 2.300 - Tendenz steigend.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Privatanzeigen sind im Jahr 2022 sowie im ersten Halbjahr 2023 eingegangen? (Nach Quartal) 2. Wie viele davon wurden nicht innerhalb der Verjährungsfrist bearbeitet? (Nach Quartal) 3. Falls ein nennenswerter Rückstau existiert: Nach welchen Kriterien werden die Anzeigen bei der Bearbeitung priorisiert?
<p>Nr. 154</p>	<p>Silvana Sand SPD</p>	<p>Frage wurde zurückgezogen</p>
<p>Nr. 155</p>	<p>Nadine Ruf SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Dezember 2021 hat die Rathaus-Kooperation per Beschluss im Mobilitätsausschuss den Grundstein gelegt, in der ersten Jahreshälfte 2023 liefen die ersten Tests - und seit Juli 2023 sind die Frontkameras in Bussen zur Dokumentation von Falschparkern auf Busspuren im regulären Einsatz.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Busse sind derzeit mit Frontkameras im Einsatz? 2. Wie viele Park- und Halteverstöße auf Busspuren wurden bislang dokumentiert? 3. Welche Rückmeldungen gibt es seitens des Fahrpersonals der ESWE über die Handhabung der Frontkameras, die Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung oder etwaiger, spürbarer Effekte freierer Busspuren?

		4. Welche Abschnitte sind besonders anfällig für Halte-/Parkverstöße?
Nr. 156	Ronny Maritzen Grüne Dez. I z.w.V.	Im Baulandbeschluss 0196 der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Mai 2023 wird unter II.B.3. festgehalten: „Das langfristige Ziel ist ein Nettonull-Flächenverbrauch nach den Vorgaben von Bund und Land.“ Ich frage den Magistrat: 1. Wie wird „langfristig“ definiert? 2. Hat Wiesbaden nach Ansicht des Magistrats unter klimatischen Gesichtspunkten noch lange Zeit, um auf den Flächenverbrauch Nettonull zu kommen? 3. Könnte Wiesbaden auch ohne Vorgaben von Bund und Land den Flächenverbrauch Nettonull umsetzen? 4. Worauf sollte Wiesbaden noch warten, bevor es den Flächenverbrauch Nettonull umsetzt?
Nr. 157	Nikolas Jacobs CDU Dez. III z.w.V.	In dem für den Abriss vorgesehenen Gebäude der Friedrich-Ebert-Schule befindet sich ein eigens für diese vom berühmten Maler Benno Walldorf geschaffenes Wandgemälde. Dieses gilt als eines seiner bekanntesten Wandgemälde. Das Kunstwerk darf unter keinen Umständen im Zuge des Abrisses „untergehen“. Ich frage daher den Magistrat, 1. ob es bereits Pläne für den Umgang mit dem Kunstwerk im Zuge des Abrisses des Gebäudes gibt? 2. ob zur Zukunft des Gebäudes bereits Gespräche mit der Nachlassverwalterin des Künstlers geführt wurden? 3. ob und wie das Kunstwerk im Neubau integriert werden kann?
Nr. 158	Sabine Ludwig-Braun SPD Dez. II z.w.V.	Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat bereits in ihrer Sitzung am 13.07.2023 beschlossen, die Wärme- und Energiewende und die Kommunale Wärmeplanung (KWP) voranzutreiben. Im Rahmen dessen wurde auch festgelegt, dass ein Rahmenkonzept auszuarbeiten ist und dass eine optimale Ausnutzung aller Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene sicherzustellen ist. Ich frage den Magistrat: 1. Wurden von der Landeshauptstadt Wiesbaden bereits Fördermittel direkt oder mittelbar beantragt? 2. Wenn ja, auf welcher Ebene bzw. welche Art von Fördermittel wurden beantragt und wie hoch ist die Fördersumme / sind die Fördersummen?

		<p>3. Kann bereits die Höhe der Gesamtkosten für die Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung genannt werden? Falls ja, wie hoch sind die Gesamtkosten?</p>
Nr. 140	<p>Thomas Schwarze SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die erneute Umfrage des Stadtelternbeirates im März 2023 ergab ein ernüchterndes Stimmungsbild; zwei Drittel werteten die Busse zur Schule als unzuverlässig. Als Folge wechselten viele Schüler*Innen vom Bus ins Auto. Parallel hat die ESWE Verkehr seit September 2022 den Fahrplan mehrfach verstärkt und setzt, häufig auch spontan, Verstärkerfahrten ein.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie wurde seitens des Dezernates auf die Umfrage reagiert und wurde das Gespräch mit dem Stadtelternbeirat gesucht? 2. An welchen Stellen wurde der Busfahrplan seit September 2022 verdichtet? 3. Wie viele kurzfristige Verstärkerfahrten setzt die ESWE Verkehr im Schnitt mit welchen Schwerpunkten ein? 4. Wieso werden die kurzfristigen Fahrten nicht in den Apps und auf den digitalen Anzeigen angezeigt - und wie lässt sich das beheben?
Nr. 124	<p>Joachim Tobschall SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Mit den vier kommerziellen Car-Sharing-Anbietern Flinkster, book'n'drive, scout24 und Stadtmobil verfügt Wiesbaden über ein erfreuliches, wachsendes und mehr und mehr flächendeckendes Angebot an CarSharing-Fahrzeugen.</p> <p>Die Vielzahl an Anbietern bringt allerdings nicht nur Vorteile. Zum Buchen der Fahrzeuge sind mehrere Apps und damit mehrere Kundenkonten notwendig, teilweise auch mit mehrfachen Monatsgebühren. Dabei ist es aus Kundensicht oftmals egal, welchem Anbieter das jeweilige Auto gehört.</p> <p>Wir fragen den Magistrat:</p> <p>Welche Optionen und Regelungsmöglichkeiten bestehen aus kommunaler Sicht, um auf einheitliche, anbieterübergreifende Kundenkonten, Tarifpakete und Buchungsmöglichkeiten hinzuwirken?</p>
Nr. 161	<p>Renate Kienast-Dittrich BLW/ULW/BIG</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Der Neroberg ist ein beliebtes Ausflugsziel für Einheimische und Touristen. Wegen der schlechten Busanbindung besuchen ihn viele Besucher mit dem Auto und parken auf den ausgewiesenen Parkplätzen. Mehrere Besucher berichten in dieser Saison, dass ihnen auf dem Parkplatz die Reifen ihrer Autos zerstochen wurden. Vor allem teure Autos und SUV scheinen betroffen gewesen zu sein.</p> <p>Ich bitte den Magistrat folgende Fragen zu beantworten:</p>

		<ol style="list-style-type: none"> 1. Liegen der Polizei Anzeigen wegen solcher Vorfälle vor? Wenn ja wie viele Autos waren auf dem Neroberg in diesem Jahr davon betroffen? 2. Wie reagieren die Betreiber des Opelbades, des Kletterwaldes und der gastronomischen Betriebe auf die Sicherheitsprobleme? 3. Gibt es ein Konzept, um den Parkplatz auf dem Neroberg sicherer zu machen, eventuell auch in Zusammenarbeit mit den Betreibern des Opelbades, des Kletterwaldes und den gastronomischen Betrieben auf dem Neroberg? Wenn ja, wie sieht dieses aus? Wenn nein, warum nicht?
Nr. 129	Christian Bachmann FW/Pro Auto Dez. V z.w.V.	<p>Schon seit langem wird von Seiten der östlichen Vororte ein weiterer Autobahnanschluss stadteinwärts zwischen Nordenstadt und Erbenheim gefordert.</p> <p>Bisher leider ohne Erfolg und Perspektive.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wurde ein solcher Autobahnanschluss bei Hessen Mobil bisher beantragt? 2. Wie ist der aktuelle Sachstand dazu?
Nr. 163	Marc Dahlen CDU Dez. I z.w.V.	<p>Auf behördlichen Schreiben der Landeshauptstadt Wiesbaden wird immer häufiger die zuständige Sachbearbeiterin oder der zuständige Sachbearbeiter als „Ansprechperson“ genannt. Dazu findet sich dann nur der Nachname ohne Vorname, so dass nicht erkennbar ist, ob es sich um eine Frau oder einen Mann handelt. Die Führung der Korrespondenz mit der gebotenen Höflichkeit einer persönlichen Anrede mit Frau oder Herr ist somit nicht mehr möglich.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Warum die behördlichen Ansprechpartner als „Ansprechperson“ bezeichnet werden und nicht mit der Anrede Frau oder Herr gemäß den beiden vorhandenen Geschlechtern? 2. Durch wen, wann und wie die neue Bezeichnung „Ansprechperson“ veranlasst wurde? 3. Ob der Magistrat die Abkehr von der Bezeichnung „Ansprechperson“ plant, um eine adäquate Korrespondenz mit der Verwaltung wieder zu gewährleisten?
Nr. 125	Louise Lydia Wagenbach CDU Dez. V z.w.V.	<p>Für den Fastnachtszug wurde die Baustelle auf der Wilhelmstr., auf der bis dahin nicht gearbeitet wurde, abgebaut und direkt wieder aufgebaut. Zusätzlich wurde in der Bahnhofstr. erneut eine Baustelle eingerichtet. Auf der Rheinstr. fällt deshalb sogar ein Fahrstreifen weg. Busse, die den Bahnhof anfahren, werden nun über die Wilhelmstr. gelenkt.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. was die Einrichtung sowie das Auf- und Abbauen der Baustelle jeweils gekostet hat? 2. ob das Aufbauen an einem Montag nicht günstiger gewesen wäre? 3. ob die o.g. Maßnahmen (Wilhelm-, Bahnhof- u. Rheinstr.) miteinander abgestimmt wurden? 4. was sich hinsichtlich der Verkehrsströme gedacht wurde? 5. ob es keine bessere Planungsmöglichkeit gab, um stockenden Verkehr zu vermeiden und eingerichtete Baustellen effektiv nutzen zu können? 6. ob es ein Controlling hinsichtlich der Dauer, Arbeitszeit & -aktivität sowie Kosten von Baustellen gibt & die Bereitschaft besteht, diese Daten für Interessierte offen zu legen?
Nr. 135	<p>Louise-Lydia Wagenbach CDU</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Am 2.4. ist im Kurpark, kurz hinterm Spielplatz Danziger Str., ein Baum unkontrolliert auf den Gehweg gefallen. „Unsere Kinder waren 10m davor, ein Jogger 2m dahinter“ schreibt eine Userin in den sozialen Netzwerken. Ein Anwohner habe die Stadt im Vorfeld mehrfach auf die Gefahrenlage hingewiesen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ob & wann der zuständigen Stelle Informationen vorlagen, dass es in dem besagten Bereich zu einer Gefahrenlage kommen könnte? 2. wie oft der gefährdete Baum gemeldet & welche Maßnahmen nach Erhalt der Meldung ergriffen wurden bzw. wie solche Meldungen grundsätzlich behandelt werden? 3. ob der Anwohner eine Antwort auf seine Meldungen erhalten hat? Wenn ja, wann & mit welchem Inhalt? Wenn nicht, wieso nicht? 4. ob künftig anders mit derartigen Meldungen verfahren wird, um derartige Gefahrensituationen zu verhindern? 5. wie die Landeshauptstadt damit umgegangen wäre, wenn jemand durch den Baum verletzt worden wäre?
Nr. 166	<p>Daniel Weber Volt</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>In einigen Kommunen in Hessen und Rheinland-Pfalz haben die Freibäder aufgrund der sommerlichen Temperaturen im September spontan die Öffnungszeiten ihrer Freibäder angepasst und die Badesaison so für ihre Bürger*innen verlängert. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und fehlender Bademeister*innen und fehlenden Kassenpersonals sind spontane Verlängerungen der Öffnungszeiten jedoch nicht immer kurzfristig durchführbar</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p>

		<ol style="list-style-type: none"> 1. Ist in der Zukunft bei guter Wetterlage im Spätsommer eine spontane Verlängerung der Öffnungszeiten in Freibädern möglich? 2. Welche Hürden und Hindernisse stehen einer spontanen Öffnung im Spätsommer im Weg? 3. Gab es in der diesjährigen Badesaison Probleme aufgrund des Fachkräftemangels? 4. Welche zusätzlichen Kosten würden bspw. durch eine zweiwöchige Verlängerung der Öffnungszeiten entstehen und welche zusätzlichen Einnahmen würden generiert?
Nr. 167	Janine Vinha Volt Dez. III z.w.V.	<p>Für eine gesunde Ernährung und auch in Zeiten starker Hitze ist es gerade für Kinder und Jugendliche wichtig, Flüssigkeit - vor allem in Form von Wasser - zu konsumieren. Mittlerweile sind in Schulen die Waschbecken der oft als unhygienisch empfundenen Toiletten jedoch der einzige Zugang zu Wasser für Schüler*innen. In vielen anderen Ländern sind Trinkwasserspender im Schulgebäude daher bereits die Regel, während sie in Deutschland bisher kaum verbreitet sind.</p> <p>Wir fragen den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. welche Wiesbadener Schulen bereits jetzt mit Wasserspendern ausgestattet sind? Handelt es sich dabei um freistehende oder leitungsgebundene Trinkwasserspender? 2. sind die Wasserspender während des Schulbetriebs uneingeschränkt und kostenfrei zugänglich? 3. welche Vorgaben beim Bau von Wasserspendern eingehalten werden müssen? 4. ob die vermehrte Installation von Wasserspendern an Wiesbadener Schulen geplant ist? 5. ob Lösungen bekannt sind, bei denen Wasserspender einen festen Leitungswasser Zugang haben?
Nr. 168	Achim Sprengard Volt Dez. II z.w.V.	<p>2035 wird es laut dem Bundesarbeitsminister keine KI-freien Arbeitsplätze mehr geben. Künstliche Intelligenz automatisiert sich wiederholende Aufgaben und spart Zeit, Ressourcen und verringert - bei korrekter Nutzung - Fehlerquoten der Arbeitsergebnisse. Mitarbeitende müssen jedoch erst den Umgang mit KI lernen. Es gilt somit, diese Fähigkeiten (weiter-) zu entwickeln, um sich für die Zukunft fit zu machen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wird KI bereits von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung verwendet? 2. Wie plant der Magistrat den zukünftigen Einsatz von KI in der Verwaltung? 3. Welche Möglichkeiten haben Mitarbeitende bereits jetzt, um den Umgang mit KI zu erlernen?

		4. Gibt es Pläne, ein Schulungsangebot für den Einsatz von KI einzurichten?
Nr. 169	Christian Diers FDP Dez. I z.w.V.	<p>Im Wiesbadener Kurier vom 7. September verkündete Bürgermeisterin Hininger, dass „zwei der acht von der Stadt bestimmten Aufsichtsratsmitglieder Beschäftigte von ESWE Verkehr sind, sei ein Zugeständnis und für sie nicht in Stein gemeißelt.“</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Plant der Magistrat im Rahmen der Novellierung des Beteiligungskodex zukünftig keine Beschäftigten von ESWE Verkehr mehr auf „städtischem Ticket“ in den ESWE Verkehr-Aufsichtsrat zu entsenden oder die derzeitigen Mitglieder abzuberaufen? 2) Hält der Magistrat diese implizierte Drohung der Bürgermeisterin für einen angemessenen Umgang mit Mitarbeitern bzw. Aufsichtsratsmitgliedern einer städtischen Gesellschaft? 3) Hat sich Frau Hininger als Mitglied des Magistrats, als Privatperson oder als Vertreterin des Oberbürgermeisters während seiner Abwesenheit gegenüber dem Wiesbadener Kurier geäußert?
Nr. 126	Alexander Winkelmann FDP Dez. V z.w.V.	<p>Der Geschäftsführer von ESWE Verkehr, Jan Görnemann, hat Anfang Februar die SPD Wiesbaden besucht, was von mehreren Teilnehmern auf Social Media und auf verschiedenen Websites dokumentiert wurde. Am 12. Februar 2023 um 14:17 Uhr erschien ein Bericht auf der Website des SPD-Ortsvereins Rheingauviertel-Hollerborn unter der Überschrift „Schwierige Zeiten und Entscheidungen bei ESWE Verkehr“. Dort hieß es u.a.: „Es wird eine weitere Veranstaltung zum Thema Straßenbahn in absehbarer Zeit geben. Denn Denkverbote, darin waren sich die Diskussionsteilnehmer einig, lösen die Probleme des ÖPNV in Wiesbaden nicht.“</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Welche Pläne haben der Magistrat, der Verkehrsdezernent und Herr Geschäftsführer Görnemann für die Einführung einer Straßenbahn in Wiesbaden und wann werden diese offensichtlich bestehenden Pläne einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert?</p>